



An die  
Lehrkräfte der Abschlussklassen

Hannover, 12. März 2007 st-fa

### ***Ausbildung für alle / Recht auf Ausbildung***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Zeit bewerben sich die Schülerinnen und Schüler aus Ihren Abschlussklassen um Ausbildungsplätze. Seit 2004 münden weniger als 50 Prozent aller Bewerbungen in das Duale System ein; es bedarf dringend zusätzlicher Schritte, um allen Jugendlichen eine adäquate Ausbildung zu ermöglichen. Auf dem Ausbildungsmarkt sind bestimmte Gruppen besonders benachteiligt: Zum einen Jugendliche ohne schulischen Abschluss und mit Hauptschulabschluss. Zum anderen junge Frauen, die bei den schulischen Abschlüssen zwar die Jungen überrundet haben, sich aber auf ein enges Spektrum an Berufen konzentrieren, und zum dritten Jugendliche aus Migrationsfamilien, von denen nur ein Drittel einen Ausbildungsplatz erhält.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat im Januar 2007 festgestellt, dass 17.400 Stellen trotz des Ausbildungspaktes bundesweit fehlen würden. Der DGB nennt die alljährliche Neuauflage des niedersächsischen Ausbildungspaktes ein „Ritual mit zweifelhafter Erfolgsbilanz“ und zitiert folgende Zahlen der BA: Ende Januar waren trotz Nachvermittlung noch immer 1.553 Jugendliche ohne Ausbildung, 25 Prozent mehr als im Vorjahr (1.241). Nach Berechnung der Grünen hat Niedersachsen bereits jetzt bundesweit den höchsten Anteil an Jugendlichen in Übergangssystemen.

Viele ausbildungsinteressierte Jugendliche verlieren - nach zahlreichen Enttäuschungen und abgestempelt als ausbildungsunreif - den Glauben an ihre Fähigkeiten.

Trotz großem Engagement und intensiver Förderung können Lehrerinnen und Lehrer die Spirale der Hoffnungslosigkeit und Resignation bei vielen nicht stoppen. Eine Null-Bock-Haltung beim Lernen, Aggressionen gegen die Schule, gewalttätiges Verhalten gegen Personen und Sachen, aber auch Anfälligkeiten für rassistische und faschistische Gedanken und Übergriffe sind als Folge solcher Ausgrenzung hier und da zu beobachten.

In einer demokratischen und humanen Gesellschaft ist das Recht auf umfassende Bildung eine wesentliche Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben und ein friedliches Zusammenleben aller. Gleichwohl hat der Kultusminister - Presseberichten zufolge - die Anregung, einen Teil der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, vollschulisch auszubilden und ihnen auch eine Vergütung zu zahlen, als „Unfug und Schwachsinn“ bezeichnet, weil dadurch das duale System in Frage gestellt würde. Auch hat er schon jetzt einen sogenannten „Klebeeffekt“ für Ausbildungsstellen als Ergebnis der Betriebs- und Praxistage in den Hauptschulen festgestellt. Anders als Minister Busemann glauben machen wollte, hat durch die Praxistage überhaupt noch keine Schülerin und kein Schüler schneller zu einer Lehrstelle kommen können. Diesen Beweis gilt es ab Sommer 2007 erst noch zu erbringen.

Wir sind der Auffassung, dass mehrwöchige Praktika ja nun wahrlich nichts Neues sind, diese absolvieren alle Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen seit Jahrzehnten. Seit Jahren schon aber erwachsen daraus allerdings kaum noch Lehrstellenangebote. Nicht 95 Prozent der Praktikanten und Praktikantinnen erhalten einen Lehrvertrag, sondern bei 95 Prozent der wenigen Lehrstellen ist ein erfolgreiches Praktikum Einstellungsvoraussetzung. Die Konkurrenz auf dem ohnehin äußerst angespannten Lehrstellenmarkt wird zusätzlich durch die Einführung der Studiengebühren massiv verschärft, weil vermehrt hoch qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber eine Ausbildung anstreben werden.

Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass alle an einer Berufsausbildung interessierten Jugendlichen nach dem Abschluss der allgemein bildenden Schulen auch eine Ausbildung

beginnen können. Deshalb fordern die niedersächsischen Gewerkschaften „Ausbildung für alle“ und setzen sich für ein „Recht auf Ausbildung“ ein.

- Wir fordern die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik auf, die erforderlichen Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Wir fordern Ministerpräsident Christian Wulff auf, sich in der Großen Koalition und im Bundesrat für die Einführung eines Ausbildungsfonds für die Berufsausbildung einzusetzen.
- Wir fordern die Landesregierung auf, als Sofortmaßnahme ein Ausbildungsprogramm für 4.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in außerbetrieblichen Einrichtungen zu schaffen.
- Wir fordern ein Bildungssystem, das Jugendliche nicht frustriert, sondern motiviert. Ein Bildungssystem, das allen Jugendlichen Chancen bietet, statt sie auszusortieren

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur die Hälfte eines Bewerberjahrganges bekommt eine betriebliche Ausbildungsstelle. Damit finden wir uns nicht ab. Am 11. Mai 2007 treffen wir uns in Hannover, um öffentlich zu informieren und zu protestieren.

Informationen zur geplanten Aktion und deren Ablauf entnehmen Sie bitte dem Faltblatt. Wir laden Sie und Ihre Abschlussklassen herzlich ein daran mitzuwirken. Dankbar wären die Organisatoren im Übrigen für weitere Vorschläge diesbezüglicher adressatenbezogener Beiträge aus Schulen und Betrieben. Für den Nachmittag gibt es natürlich in Hannover zahlreiche Möglichkeiten für ein Rahmenprogramm.

Mit kollegialen Grüßen

Michael Strohschein